



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Brix, Th.: Ein Wort zum deutsch-dänischen Streit : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ein Wort zum deutsch=dänischen Streit

Von Th. Brix (in Berlin)

(Schluß)



Alle diese kleinen Reibungen lassen erkennen, wie sehr die nationalen Gegensätze in das tägliche Leben des Volkes eindringen, und so immer die Erinnerung daran wachgehalten wird, daß man nur gezwungen und ungerne dem deutschen Reiche angehört. Mag der Einzelne mehr oder weniger hart betroffen werden von Maßregeln der Behörden, immer steht die gesamte dänisch gesinnte Bevölkerung mit ihren Sympathien auf seiner Seite. Besonders bezeichnend für den unnatürlichen Kampfeszustand ist auch, daß das Singen, sonst der Ausdruck harmloser Fröhlichkeit des Volkes, öfters Anlaß zu politischen Strafprozessen giebt. Und da ist es nun wieder eine durchaus willkürliche Bestimmung, welche Ausdrücke als aufreizend und staatsgefährlich anzusehen seien, ein wie hoher Grad von Deutschfeindlichkeit dazu gehöre, um das Verbot eines dänischen Liedes zu rechtfertigen. Die in dieser Hinsicht gefällten Urteile lassen deutlich Schwanken und Unsicherheit erkennen, aber auch hierbei scheint neuerdings eine strengere Auffassung Platz zu greifen. Da wird z. B. eine Gesellschaft wegen Singens eines dänischen Liedes verurteilt, obgleich dasselbe Lied in einem frühern Falle für harmlos erklärt worden ist. Aber der beaufsichtigende strenge Gesetzeswächter hatte etwas wie Schalkhaftigkeit in den Mienen der Sänger entdeckt, und auf Grund dieses erschwerenden Umstandes wird das Strafurteil gefällt.

Als bezeichnend für den Zustand, der durch den Kampf gegen das Singen dänischer Lieder erzeugt wird, gebe ich folgende kleine Erzählung nach einer dänischen Zeitung wieder. Die Quelle ist nach der Ansicht meiner Gegner in dieser Frage gewiß sehr verdächtig, aber die Erzählung trägt den Stempel der Wahrheit. Der Berichterstatter des Blattes trifft auf dem Felde einen Knaben, der laut singt, beim Herannahen eines Fremden aber plötzlich verstummt. Dieser, dessen Aufmerksamkeit dadurch erregt wird, tritt an den Knaben heran und forscht nach dem Grunde des Schweigens. Da sagt der Bursche, mißtrauisch auf den Fremden blickend: „Es war keins von den verbotnen

Liedern.“ Und als er gefragt wird, ob er denn genau wisse, welche Lieder er singen dürfe, zieht er einen Feszen Papier aus der Tasche, worauf er mit seiner ungelenkten Hand die Titel der verbotnen Lieder geschrieben hat.

Auf welche Seite wird sich nun wohl dieser Bursche, wenn er heranwächst, stellen? wem wird er das Recht im nationalen Kampfe zuerkennen, den Deutschen oder den Dänen? Wird er, der Lieder für verschiednen Gebrauch im Gedächtnis hat und sorgfältig unterscheiden lernt, wo und wann er die Lieder singen darf, die ihm wahrscheinlich die liebsten sind, wohl die Staatsgewalt als eine wohlthätige Macht anerkennen, dieselbe Staatsgewalt, um deren Anordnungen er sich so früh kümmern muß, die mit Strafen belegt, was ihm im Hause als der berechtigteste Ausdruck geheiligter Empfindungen gelehrt wird? Und wie wird er über die Angehörigen des Deutschtums denken, vor denen er sich so ängstlich hüten muß, daß er jeden Unbekannten darauf ansieht, ob nicht in ihm ein Angeber steckt, daß er es für klüger hält, beim Herannahen eines Fremden sein Singen einzustellen, wenn er auch nicht einmal ein verbotnes Lied, nur ein dänisches Lied überhaupt singt? Dieser Bursche mit seinem überkritzeltten Zettel ist das Bild einer Bevölkerung, die das schmerzliche Gefühl der Bedrückung im Herzen trägt, scheu der Staatsgewalt und allen, die mit ihr im Bunde stehen, ausweicht und sie doch trotzig hinterm Rücken verhöhnt. Das ist die Stimmung, wie ich sie von meiner Kindheit her kenne. Das kleinliche Aufspüren von Kundgebungen eines im Gegensatz zur Staatsgewalt stehenden Nationalgefühls, das Fahnden auf verbotne Farben, das Belauschen verbotner Lieder, alles hält die Gemüter in Erregung. Da wird denn erzählt, wie hier oder da diese staatsgefährlichen Verbrecher, mit denen die Bevölkerung sympathisirt, bei ihrem Treiben entdeckt und zur Verantwortung gezogen worden sind. Es laufen Übertreibungen mit unter und erhöhen den Eindruck der Gewalt Herrschaft. Und gerade das, was die deutschen Chauvinisten in Nordschleswig als patriotische Pflicht betrachten, daß der Privatmann den Behörden bei diesem nützlichen Werk zur Hilfe kommt, wirkt vergiftend auf den Verkehr. Dadurch wird ein Mißtrauen erzeugt, das den Dänen veranlaßt, sich vor dem Deutschen zurückzuziehen und seine Gesellschaft zu meiden, während doch ein harmloser Verkehr zwischen den Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten wünschenswert ist. In meiner Heimat war zur Zeit der Dänenherrschaft niemand verhaßter als der Überläufer, vollends wenn er den Angeber spielte. Wer möchte denn auch die Gefahr verkennen, daß unehrenhafte Beweggründe mit dem schönen Gewande der Vaterlandsliebe verdeckt werden?

Und wenn nun die nordschleswigschen Chauvinisten dieses ganze System, das Bemühen gewaltsamer Unterdrückung dänischer Sprache und dänischen Nationalgefühls, in Schutz nehmen mit denselben elenden Ausflüchten und schlechten Advokatenkünsten, die damals den Dänen Spott und Verachtung zu-

zogen, so weiß ich auch, daß sie in derselben Verblendung befangen sind, die damals den Dänen so verhängnisvoll wurde, und die für uns ebenfalls schädliche Wirkungen haben muß, wenn auch der ganzen Lage nach der Ausgang für uns nicht derselbe sein kann wie damals für die Dänen. Die Dänen sind schuld, so heißt es, sie sind die Angreifer, gegen die wir uns wehren müssen. Es ist richtig, daß die Dänen die Beilegung des nationalen Kampfes zu hindern suchen, aber sie verfahren so nicht aus grundsätzlicher Lust am Streit, sondern weil sie mit dem bestehenden Zustand nicht zufrieden sind und seine Beseitigung erstreben. Und — wir haben es nicht besser gemacht zu der Zeit, als wir der Amboß und die Dänen der Hammer waren. Ebenso einseitig und befangen wie heute das Urteil der dänischen Nordschleswiger über Deutschland und alles Deutsche, war damals unser Urteil über Dänemark und die Dänen. Man wollte gute Eigenschaften weder dem dänischen Volke im ganzen noch dem einzelnen unter der deutschen Bevölkerung wohnenden Dänen zuerkennen. Vor meiner kindlichen Phantasie stand der Däne da als ein Mensch, dem man nichts gutes, wohl aber viel böses zutrauen könnte, und es ist mir bei meinem spätern Verkehr mit den Dänen mitunter ordentlich komisch gewesen, wenn ich daran zurückdachte, welche Anschauungen über die Dänen ich sozusagen mit der Muttermilch eingesogen hatte. Man wollte von der dänischen Regierung keine Wohlthaten; man stieß den einzelnen Dänen zurück, wo er Annäherung versuchte. Der Gebildete mochte ihm nicht gastlich sein Haus öffnen, und wenn doch, was ja fast unvermeidlich war, ein Däne oder Dänenfreund Eingang in einen deutschen Familienkreis fand, so herrschte darin ein Gefühl der Beklommenheit, das erst wich, wenn sich der unwillkommene Gast verabschiedete. Was immer von dänischer Seite gegen uns gesündigt werden mochte, in diesem Verhalten der Deutschen lag doch eine Ungerechtigkeit, aber eine gewollte und bewußte Ungerechtigkeit, denn sie war die Schutzwehr unsrer Nationalität; sie sollte das Aufgehen in der dänischen Nationalität hindern.

Es ist nicht zu verwundern, daß bei dieser Stimmung die wohlwollende Ermahnung zur Besserung nichts fruchtet. Auch dies wiederholt sich. Man stellt den Dänen vor, wie gut man es mit ihnen meine, daß man nur ihr eignes Bestes wolle, indem man sie vollständig zu dem mache, was sie eigentlich schon seien, zu Deutschen. Aber die nordschleswigschen Bauern sind ebenso schwer von Begriffen, wie es unter der Dänenherrschaft die Bewohner der Landschaft Angeln waren; sie haben für die ihnen zuge dachte Wohlthat kein Verständnis. Auch die verlockende Aussicht, von allen Plackereien befreit zu werden, kann keine Bekehrung bewirken. Man sagt den Dänen, ähnlich wie Herr von Stumm und seine Freunde auf die Sozialdemokratie einzuwirken suchen: Sobald ihr artige Kinder seid, legen wir die Rute weg. Aber den Dänen ist es gar nicht so sehr um Ruhe zu thun, wie hierbei vorausgesetzt wird. Sie wollen den ihnen angebotnen Frieden nicht, wenn dabei zur Be-

dingung gemacht wird, daß sie die Bestrebungen aufgeben, die ihnen wertvoller sind als die Ruhe unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Das System darf nicht abgeschafft werden, denn das System wirkt vorzüglich, so lautet ein anderer Beweisgrund, der freilich mit der Behauptung von der Unverbesserlichkeit der Dänen, ihrer Verstocktheit und Bözartigkeit schwer zusammenzureimen ist. Mit den angeblichen Erfolgen der Germanisirungsbestrebungen aber steht es so. Seit mehr denn einem halben Jahrhundert hat sich in Schleswig eine allmähliche Bevölkerungsverschiebung zu Gunsten des Deutschtums friedlich und unmerklich vollzogen, ist die Sprachgrenze nach Norden vorge drungen. Diesen Fortschritt des Deutschtums hat die Dänenherrschaft mit allen Zwangsmitteln nicht aufhalten können; er ist dann allerdings nach dem Aufhören der Dänenherrschaft durch den lebhaften Verkehr mit dem Süden und andre Einflüsse gefördert worden. Daß aber dieser natürliche Vorgang die Wirkung der von den Chauvinisten so warm empfohlenen Zwangsmaßregeln sei, ist eine tendenziöse Entstellung, die am besten durch die Thatsache widerlegt wird, daß das Vorrücken deutscher Sprache und Gesinnung nur an der Grenze des dänischen Sprachgebiets stattfindet, während weiter oben im Norden das Dänentum merklich erstarkt ist. Eben dieses natürliche Vordringen des Deutschtums thut die Überflüssigkeit von Gewaltmitteln dar, und es ist bedauerlich, wenn es den Chauvinisten gelingt, durch Berufung auf Fortschritte des Deutschtums, an denen ihr System nicht das geringste Verdienst hat, die Mißerfolge dieses Systems zu verdecken.

Nein, man soll die Germanisirung nicht überstürzen, nicht im Sturmschritt erzwingen wollen. Das gilt auch von einer andern Art von Germanisirungsbestrebungen, die man in der letzten Zeit sehr herausgestrichen hat, und obgleich diese Germanisirungsmethode auf den ersten Anblick etwas bestechendes hat, spreche ich doch, auf die Gefahr hin, als grundsätzlicher Mörgler zu gelten, hier meinen Zweifel an ihrer Wirksamkeit aus. Ich meine die neuerdings mit Woll dampf betriebnen Ansiedlungen deutscher Landwirte in Nordschleswig. Einwanderungen Deutscher in das dänische Bevölkerungsgebiet haben auch bisher stattgefunden, und in gewissem Grade ist dadurch die Germanisirung gefördert worden. Ich glaube aber, daß der Erfolg der Besiedlungen besser gesichert wäre, wenn die Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen stattfände, als wenn, wie es nun geschieht, die politische Agitation die Sache in die Hand nimmt und die Besiedlung mit Deutschen in größerem Maßstabe durchzuführen sucht. Ich will mich auf die dänischen Urteile über das von einem Pastor geleitete und mit einem Geldunternehmen verbundene Ansiedlungswerk nicht berufen. Aber die in den polnischen Landesteilen gemachten Erfahrungen lassen den Schluß zu, daß ähnliche Mißerfolge, wie dort das staatliche Vorgehen gehabt hat, bei einem privaten Unternehmen möglich sind. Für ein abschließendes Urteil über die Wirkungen dieses Unternehmens ist es noch zu früh. Aber es kann schon

nicht günstig wirken, wenn, ebenso wie in den polnischen Landesteilen, dieses Vorgehen als eine Kampfmaßregel empfunden und dementsprechend von dänischer Seite dazu Stellung genommen wird. Außerdem heißt es die Kapitalkraft der Dänen stärken, wenn man ihnen in einer Zeit, wo Landbesitzungen im allgemeinen schwer loszuwerden sind, Gelegenheit zu günstigem Verkauf verschafft. Sodann könnte es auch leicht sein, daß, wenn solche Ankäufe in einer Art von nationaler Hurrastimmung vorgenommen werden, dadurch das Urteil bestochen und die Solidität der Unternehmungen beeinträchtigt wird. Werden doch den jungen Landwirten heute vielfach und nicht mit Unrecht leichtsinnige Ankäufe zum Vorwurf gemacht. Wer nun von Süden her nach Nordschleswig zieht, ist meistens nicht allzu stark mit Kapital ausgerüstet, und der verhältnismäßig billige Preis der Grundstücke verführt leicht dazu, daß man die mit diesem Preisunterschied zusammenhängende Minderwertigkeit, sei es, daß sie auf Bodenbeschaffenheit, örtlicher Lage oder sonstigen wirtschaftlichen Verhältnissen beruht, nicht genügend anschlägt. Außerdem ist keine unbedingte Gewähr dafür gegeben, daß nicht diese Ansiedler mit der Zeit danisiert werden, wenn auch nicht der Sprache, so doch der Gesinnung nach.

Die Hauptaufgabe des Deutschtums besteht nicht darin, die Dänen zu verdrängen oder ihres Volkstums zu berauben, sondern sie mit den bestehenden Verhältnissen auszuföhnen. Alle Bemühungen der erstern Art sind für diese Aufgabe hinderlich. Eine Einwirkung der Zeit auf die Denkart der nordschleswigschen Dänen ist schon bemerkbar. Als Landtagsabgeordneter ist vor einiger Zeit der Zeitungsverleger und Redakteur Hanssen in Apenrade gewählt worden. Dieser ist der Führer der sogenannten jungdänischen Richtung in Nordschleswig, die sich in manchen Dingen von dem Programm der ältern Richtung losgesagt hat und deshalb von dem Hauptvertreter dieser letztern, dem Redakteur Jessen in Flensburg, besonders in der letzten Zeit, ehe die obige Entscheidung fiel, heftig bekämpft worden ist. Diese Jungdänen nähern sich den Anschauungen der Linkenpartei in Dänemark. Sie haben eine unbefangnere Auffassung von der heutigen politischen Lage, haben manche von den irrtümlichen Vorstellungen fahren lassen, die für die Dänen so verhängnisvoll geworden sind und zum Teil noch festgehalten werden, namentlich die Vorstellung, daß es eine Haupt Sorge befreundeter und wohlwollender Großmächte sei, Dänemark in seinem bestehenden Umfang zu erhalten, ja sogar ihm einen Teil des entrisenen Ländergebiets wieder erwerben zu helfen.

Sollte nun diese Ernüchterung der Denkart nicht eine Verständigung erleichtern? Es ist wahr, auch die Jungdänen halten die Hoffnung auf Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark fest. Wie sie sich die Verwirklichung dieser Hoffnung denken, mag ihre Sorge sein. Von unsrer Seite aber ist es durchaus verkehrt gehandelt, die Träger dieser Zukunftsträume als staatsgefährliche Verbrecher zu verfolgen und sie dadurch zu Märtyrern zu

machen. Was sollte es denn heißen, daß der obengenannte Redakteur Hanssen, als er in einem Vortrag andeutungsweise auf diese Zukunftshoffnungen hingewiesen hatte, gefänglich eingezogen wurde, um sich wegen Hochverrats zu verantworten? Die gewissenhaften Vertreter der deutschen Interessen in Nordschleswig hatten herausgefunden, daß Hanssens ganze politische Thätigkeit eigentlich eine Vorbereitung auf ein hochverräterisches Unternehmen sei. Herr Hanssen wurde zwar auf Anordnung der obern Behörden bald wieder freigelassen, aber die guten Absichten, die man mit ihm hatte, sind doch kennzeichnend für die Auffassung der untern Behörden. Man denke sich, daß alle Führer der Sozialdemokratie eingesperrt würden, weil ihre ganze Thätigkeit eine Vorbereitung auf ein gegen den Staat geplantes Verbrechen, den Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung, sei!

Überhaupt ist gerade dieser Führer der Jungdänen und künftige Abgeordnete beständigen Verfolgungen ausgesetzt gewesen. Das von ihm herausgegebene Blatt war es, dem der famose Prozeß wegen des Wortes „Sönderjylland“ angehängt wurde; er hat auch sonst mehrfach politische Prozesse zu bestehen gehabt, weil er sich in scharfen Ausdrücken über die Verdrängung der Muttersprache aus der nordschleswigschen Volksschule und andre Maßregeln der deutschen Behörden ausgesprochen hatte.

Das Mißtrauen und die Feindseligkeit der Behörden gegen alle dänischen Bestrebungen äußert sich auch in den gegen die dänische Vereinsthätigkeit ergriffnen Maßregeln. Die Dänen haben eine Anzahl von Vereinen, sogenannte „Foredragssfoeninger,“ gegründet, wo von fähigen Leuten regelmäßig Vorträge gehalten werden. Von deutscher Seite wird nun behauptet, daß, obgleich angeblich nur harmlose unpolitische Gegenstände besprochen werden, der Zweck der Vereine dennoch sei, der nationaldänischen Propaganda zu dienen. Das ist unzweifelhaft richtig, denn die Dänen verfolgen diesen Zweck bei allem, was sie vornehmen, und ihre Zusammenkünfte können auch dann zur Stärkung des Nationalbewußtseins benutzt werden, wenn nicht gerade über Politik verhandelt wird. Bei der Stimmung der Dänen ist es aber begreiflich, daß es den Rednern auf diesen Versammlungen schwer wird, politische Erörterungen ganz zu vermeiden. Mehrmals ist die Abhaltung der Versammlungen verboten worden, weil die gehaltenen Vorträge als politische anzusehen waren. Vor einiger Zeit ist auch in dieser Angelegenheit ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung gefällt worden, das dahin lautet, daß diese Vereine als politische zu betrachten seien und die Rechte unpolitischer nicht zu beanspruchen hätten, und daß die Ortsbehörden befugt seien, die Vereine zu schließen, wenn sie das für zweckmäßig fänden. So hängt denn über den dänischen Vereinen das Schwert, das ihnen zu jeder Zeit den Lebensfaden abschneiden kann.

Die dänischgesinnte Bevölkerung hat dieses Vereinsleben lieb gewonnen, und ich habe mich darüber gewundert, daß es die Dänen verstanden haben,

so viel Interesse hierfür zu erwecken. Auf dem Lande ist es natürlich viel schwerer, solche Einrichtungen zu gründen und am Leben zu erhalten, als in den Städten. Nicht nur die örtlichen Verhältnisse wirken erschwerend, sondern meistens auch die Denkart der Bevölkerung. Ich glaube auch, daß es ohne die weckende Kraft des nationalen Kampfes den Dänen nicht gelungen wäre, ihr Vereinsleben zu der Blüte zu bringen, die es namentlich in den letzten Jahren erlangt hat. Übrigens ist zuzugeben, daß die Dänen sich durch diese Vorträge zugleich ein Verdienst um Volksbildung erwerben. Man denke sich nun aber, wie auf die Stimmung der Dänen dieser Kampf gegen ihre Vereine einwirken muß; man denke sich den Verdruß derer, die, wenn sie einen längern Weg gemacht und sich auf einen genußreichen Abend gefreut haben, durch ein Polizeiverbot um diesen Genuß gebracht werden!

An den von diesen Vereinen abgehaltenen Versammlungen durften sonst auch Frauen teilnehmen. Seitdem aber von den Behörden die Ansicht vertreten wird, daß die Vereine als politische zu betrachten seien, ist mehrmals den Frauen die Teilnahme an den Versammlungen verwehrt worden. Diese Teilnahme der Frauen am Vereinsleben ist höchst bemerkenswert. Daß sie mit herangezogen werden konnten, beweist wieder, wie geschickt die Dänen zu Werke gegangen sind. Wer die Frauen auf dem Lande und besonders die der dortigen Gegenden kennt, der weiß, daß in ihnen gar nichts steckt von dem Geiste der Vorkämpferinnen für Frauenrechte, daß sie nicht große Neigung zur Teilnahme am öffentlichen Leben und besonders Verständnis für politische Fragen oder sonstige Fragen des öffentlichen Lebens haben. Ich glaube darum auch, daß, wenn Frauen Neigung zur Teilnahme an diesen Versammlungen haben, dabei das Bedürfnis nach Geselligkeit stark mitwirkt, und daß ihre Anwesenheit und das Streben, ihnen die Versammlungen anziehend zu machen, eher geeignet ist, den Zusammenkünften einen harmlosen Charakter zu geben, als das Gegenteil.

Es mag ja befürchtet werden, daß die Frauen durch das Vereinsleben ausgebildet werden zu Vorkämpferinnen des Dänentums, daß sie mit nach Hause nehmen, was man im Hause nicht gepflegt haben will, erstarken in einer Gesinnung, die man aus dem Hause verbannen möchte. Die Frau wird heute von den Parteien umworben. An die Frauen richtet der Reichskanzler seine Mahnungen; Frauen werden von den Landwirtsbündlern als Vertreterinnen ihrer Wünsche vorgeschickt. Im ganzen aber wird bei diesem Werben doch wohl mehr an das Wirken der Frau im Hause gedacht, als an ihre Teilnahme am öffentlichen Leben. Die Frau soll als Erzieherin die Anschauungen der Jugend beeinflussen. In dieser ihrer Eigenschaft wissen auch die Dänen die Frau zu schätzen und erbitten ihre Mithilfe; und die „danske Kvinde“ hat sich bisher schon als eine treue Mithelferin im nationalen Kampf bewährt. Denn wenn auch, wie gesagt, die Frauen den Fragen des öffentlichen

Lebens meistens nicht dasselbe Interesse zuwenden wie die Männer, so giebt es doch wohl nicht leicht andre politische Fragen, die so in das Leben der Frau eingriffen, so unmittelbar auf das Gemüt einwirkten und so leicht verständlich wären, wie der Kampf um die Erhaltung der Nationalität. Wenn eine fremde Sprache in das Haus einzudringen begehrt, wenn die Kinder nicht die Ausbildung in der Muttersprache erhalten, die wünschenswert erscheint, so greift das in das eigenste Gebiet der Mutter ein. Es ist auch gar nicht zweifelhaft, wer in dem Kampfe um die Anschauungen der Jugend am stärksten ist. Gegen die still und verborgen im Hause wirkende Macht der Frau kämpfen Staatsanwalt, Gendarm und Schulmeister vergeblich. Ihrem Einfluß nicht am wenigsten mag es zuzuschreiben sein, daß trotz der heutigen Kleinheit und Unbedeutendheit Dänemarks die heranwachsende Jugend Nordschleswigs nicht für Friedrich den Großen und Wilhelm den Siegreichen schwärmt, sondern für Knut, Erich, Waldemar und wie sie heißen, die dänischen Helden in grauer Vergangenheit und bis in die Neuzeit herein, bis zu den Siegern von Fridericia und Idstedt. Um aber die nordschleswigschen Frauen dem Deutschtum noch mehr zu verfeinden, giebt es gewiß kein geeigneteres Mittel, als sie durch den Gendarmen von dem Versammlungsort weifen zu lassen.

Und ist nun die in diesen Vereinen betriebne Politik für uns so gefährlich? Wenn Redakteur Jessen in einem Vortrag ausführt, Fürst Bismarck habe 1866 das deutsche Reich geschwächt, denn er habe so und so viel Millionen deutsche Österreicher aus dem deutschen Reiche hinausgeschoben und dafür neue unzuverlässige Elemente dem deutschen Reiche wieder angegliedert, so scheint es mir eine ganz unnötige Kraftanstrengung zu sein, hiergegen patriotische Entzündung aufzubieten. Man kann sich dabei beruhigen, daß die in der Redaktion von „Flensburg Avis“ betriebne Geschichtsforschung weder für das Urteil der Mitwelt noch für das der Nachwelt maßgebend ist. Es ist fruchtloses Bemühen, solche Vorstellungen widerlegen und die Dänen von ihrer Verkehrtheit überzeugen zu wollen. Die deutsche lokale Presse thut hierin entschieden des Guten zu viel, indem sie mit einem gewissen Behagen den deutsch-dänischen Streit weiterspinnt und sich dabei in ähnlichen Übertreibungen gefällt wie die Dänen. Da werden von der einen Seite mit derselben Parteilichkeit und Einseitigkeit die Deutschen herausgestrichen und die Dänen schlecht gemacht, wie umgekehrt von der andern Seite. Der ganze Streit hat etwas Langweiliges für jeden fernerstehenden. Gehen wir nordwärts oder südwärts, nirgends hat dieser Streit für die Leser der Zeitungen den Reiz, wie dort am Schauplatz der nationalen Kämpfe. In Deutschland hat man den alten Groll längst vergessen, ziemlich auch in Dänemark. Auch in Nordschleswig wird das Interesse daran sich erst dann verlieren, wenn andre Bestrebungen, andre Interessengegensätze an die Stelle dieses Streites treten, kurz gesagt, wenn die

Leute an andre Sachen denken. Woher kommt es nur, daß der Preußenhaß, der zu einer Zeit bei den dänischen Schleswig-Holsteinern nicht weniger stark war, als der Deutschenhaß der dänischen Nordschleswiger, der ähnliche Blüten trieb wie die Jessensche Geschichtsdeutung, im Laufe weniger Jahre verschwand? Er wurde weggeegst durch die Ereignisse von 1866 bis 1870. Da lernte man in Schleswig-Holstein einsehen, daß man Preußen nicht länger bekämpfen dürfe, wenn man ein Deutscher sein wolle. Oder woher kommt es, daß in Dänemark selbst, wo nicht Staatsanwälte die Aufgabe hatten, den deutschen Namen gegen Verunglimpfungen zu schützen, nicht Gendarmen die Aufgabe, deutschfeindliche Kundgebungen aufzuspüren, nicht die Lehrer die Aufgabe, Liebe zum Deutschtum in die jungen Herzen zu pflanzen, dennoch eine viel umfangrere Auffassung von Deutschland und den Deutschen herrscht als dort, wo diese Pflichten Jahre hindurch mit so großem Eifer erfüllt worden sind? Ich weiß darauf keine andre Antwort, als daß es der Zwang ist, der den Nordschleswigern das Deutschtum verleidet.

Und ist es denn eine unerhörte Forderung, daß wir diesen Zwang, den wir, so weit es die staatliche Zugehörigkeit zu Deutschland betrifft, nicht von den Nordschleswigern nehmen können, doch möglichst wenig fühlbar machen, uns möglichst wenig als die strengen Oberherrn gebärden sollen? Den Köpfen der Chauvinisten ist die Vorstellung nicht auszutreiben, daß der Deutsche den Kampf gegen die Dänen mit der Tapferkeit des Soldaten auf dem Schlachtfelde zu führen, Stich und Hieb zu pariren habe. Darum halten sie es für eine schreckliche Ungerechtigkeit, wenn ein Deutscher den Volksgenossen eine Mäßigung empfiehlt, die er nicht einmal den nationalen Gegnern zumutet. Nun aber bedeutet offenbar diese Mahnung nicht eine Billigung dessen, was die Dänen thun, sondern weil uns das Mittel der Einwirkung auf die Dänen fehlt, richten wir die Mahnung zur Mäßigung dorthin, wo sie billigerweise Beachtung finden sollte. Wir Deutschen sind die „glücklichen Besizenden,“ auf unsrer Seite ist außer der staatlichen Macht die ganze erdrückende Übermacht der größern Volkszahl mit ihrer starken Ausdehnungsfähigkeit. Wie könnte denn als Schwäche gedeutet werden, was doch wohlervogne Vorsicht ist!

Ganz ähnlich ist ja die Stellung und Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber der Sozialdemokratie. Weil wir die bestehende Gesellschaftsordnung erhalten, die Sozialdemokraten aber sie durch eine andre ersetzen wollen, muß für unser Verhalten eine andre Richtschnur dienen als für das ihre. Wir erstreben den sozialen Frieden, die Sozialdemokraten aber sehen in der Zufriedenheit mit dem Bestehenden eine Gefahr für ihre Zukunftspläne. Darum haben wir im eignen Interesse einer Versuchung zu widerstehen, die ja manchmal naheliegen mag, den Kampf mit denselben Waffen zu führen wie die Sozialdemokratie, denn es würde das nur ihre Geschäfte besorgen heißen. Trotz der

feindseligen Haltung der Sozialdemokratie dürfen wir uns doch nicht erbittern lassen und mit denselben Waffen kämpfen, und es wäre verfehlt, wenn wir, dem Räte gewisser Politiker folgend, nur auf gewaltsame Unterdrückung der Sozialdemokratie bedacht sein wollten, damit wir uns über ihr Treiben nicht mehr zu ärgern brauchen. Die Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft besteht vielmehr darin, sachlich diese Zeitströmung zu prüfen, ihre Ursachen zu erforschen, und zu untersuchen, ob nicht manche der erhobnen Beschwerden gerecht sind und die beklagten Übelstände sich abstellen lassen. In ähnlichem Sinne wurde vor einiger Zeit in den Grenzboten unsre Aufgabe gegenüber der Sozialdemokratie bezeichnet. Und ich glaube, daß das, was dort gesagt wurde, auch ziemlich für die nordschleswigschen Dänen zutrifft, deren feindselige Stimmung gegen das Deutschtum das Erzeugnis eines jahrelangen verbitternden Streites ist. Auch dürfte für diese Auffassung eher Verständnis zu finden sein beim großen deutschen Publikum, als bei den Führern des Deutschtums in Nordschleswig. Denn wenn auch das Urteil über die nordschleswigsche Frage durch den Parteistandpunkt beeinflusst wird, so kann doch von einer geradezu feindseligen Gesinnung gegen die Dänen bei dem großen deutschen Publikum nicht die Rede sein. Man beurteilt die Sache mehr vom nüchtern Standpunkte der Zweckmäßigkeit, möchte nur das ausgeführt wissen, was dem nationalen Interesse dient, und hätte man die Überzeugung, daß die gegenwärtige Germanisierungsweise in Nordschleswig ihren Zweck verfehlt, würde man nicht anstehen, eine Änderung zu fordern. Auf die Verbreitung dieser Überzeugung hinzuwirken, dazu wollen die vorstehenden Zeilen ihr bescheiden Teil beitragen.

Meine persönlichen Gefühle freilich gehen über diesen Zweckmäßigkeitsstandpunkt hinaus. Vielleicht mag gefunden werden, daß in meiner Darstellung hie und da etwas wie Partikularismus hervortritt. Der Volksstamm, von dem hier die Rede ist, spricht dieselbe Sprache, die meine Väter gesprochen haben, wie sollte ich ein Gefühl der Verwandtschaft verleugnen können! Ich habe im Verkehr mit dem Dänenvolke manche schätzenswerte Eigenschaften an ihnen kennen gelernt. Die von dieser Seite dem Deutschtum bezugte Feindseligkeit erregt in mir Bedauern und nicht Haß. Ich kann es nicht leiden, wenn auf Grund dieses gegenwärtigen Verhaltens der Dänen über sie einseitig absprechende Urteile gefällt, ihre Bestrebungen mit Geringschätzung und Hohn verdammt werden. Auf Grund der Erfahrungen meiner Kindheit und Jugendzeit versetze ich mich in die Lage der Dänen und empfinde die ihnen zu teil werdende Behandlung als ein Unrecht. In dem treuen Festhalten des angestammten Volkstums liegt etwas, das auch dem Gegner Achtung abnötigen kann. Und ich glaube, daß ich mit diesen Anschauungen nicht allein stehe. Will man den Dänen nicht Sympathien zuführen, so stelle man die kleinlichen Verfolgungen ein, denen sie ausgesetzt sind; vor allem sehe man davon ab, ihnen gewaltsam die Muttersprache rauben zu wollen.

Nachschrift. Wenn das, was die Gesetzgebung beschließt, immer unbedingt richtig wäre, so könnte man sich dabei beruhigen, daß in Nordschleswig alles in schönster Ordnung sei. Im Abgeordnetenhaus wurden neulich die Dänen, die eine Änderung der Sprachverfügung von 1888 beantragt hatten, mit ihrer Forderung und ihren Klagen abgewiesen, und es wurde ihnen bedeutet, daß ihre Klagen gänzlich unbegründet seien. Man ließ sie nicht einmal zu Worte kommen. In demselben Abgeordnetenhause, wo oft lange Verhandlungen gepflogen werden über Gegenstände, die eigentlich gar nicht zur Befugnis dieser Körperschaft gehören, war diesmal keine Zeit, die Dänen und die, die sich in dieser Frage auf die Seite der Dänen gestellt hatten, anzuhören. Wozu auch sollte man wieder hören, was man oft genug gehört hat und doch nicht glaubt? Die Wirkungen der bestehenden Sprachverfügung sind durchaus zufriedenstellend. Die von Hause aus dänischredenden Kinder lernen das Deutsche gut und verhältnismäßig leicht. Sie lernen auch so viel Schriftdänisch, wie sie brauchen, denn wozu brauchen sie überhaupt das Schriftdänische, das gar nicht einmal zu Recht ihre Muttersprache genannt werden kann? So haben wir auch bei dieser Gelegenheit wieder vernommen von Männern, die behaupten, daß sie ein Herz für die nordschleswigsche dänischredende Bevölkerung hätten, die auch sorgfältig und gewissenhaft Untersuchungen angestellt und Umfrage gehalten haben bei Fachmännern und Kennern der Verhältnisse. Freilich wohl nur bei solchen, die auf einem einseitigen Parteistandpunkt stehen. Bei dieser Auskunft hat sich dann das Abgeordnetenhaus beruhigt und ist über den dänischen Antrag, dem Schulplan der Volksschule in den hierfür bedürftigen Gegenden Nordschleswigs zwei Stunden wöchentlich dänischen Sprachunterrichts einzufügen, zur Tagesordnung übergegangen. Und auch im Lande beruhigt man sich dabei. Die Tagespresse verhält sich dieser Frage gegenüber ziemlich teilnahmslos. Von einigen radikalen Blättern abgesehen, hat sie sich, so weit ich bemerkt habe, mit diesen Vorgängen fast gar nicht beschäftigt.

Aber die Sache liegt doch nicht so einfach, und es scheint mir auch wenig berechtigt, daß man die angeführten Urteile als maßgebend gelten läßt. Die nordschleswigsche Frage ist keine von den bedeutenden, das deutsche Volk tief bewegenden Fragen. Die nordschleswigschen Dänen werden auch nicht Revolution machen, und es steht keine befreundete bewaffnete Macht hinter ihnen, die um ihretwillen Deutschland den Fehdehandschuh hinwerfen würde, und die Deutschland zu fürchten hätte. Und doch ist die nordschleswigsche Frage eine der Eiterbeulen am Körper des deutschen Reichs, und ob sie weiter schwärt oder allmählich ausheilt, kann nicht gleichgiltig sein. Es ist ja auch in der That gerade denen am wenigsten gleichgiltig, die in dieser Frage am meisten das Wort zu ergreifen pflegen, deren Urteil, wie es scheint, auch für den Beschluß des Abgeordnetenhauses bestimmend gewesen ist, den Führern

des Deutschtums in Nordschleswig. Und darum ist es eine Entstellung, wenn man sich den Anschein giebt, als ob die Zustände in Nordschleswig ganz zufriedenstellend wären, und sich dabei beruft auf solche Wirkungen des Schulunterrichts, die, wie wertvoll sie immerhin vom Standpunkte des Schulmanns aus sein mögen, doch nicht die Hauptsache und das eigentlich für uns Erstrebenswerte sind. Wird doch — das ist der alte Widerspruch — in einem Atem mit dieser optimistischen Darstellung über die Stärke der dänischen Agitation geklagt. Und die Herren werden wohl zugeben müssen, daß, wenn sich irgendwie ein Erlahmen dieser Agitation eine Abnahme der deutschfeindlichen Gesinnung infolge der Schulverfügung von 1888 nachweisen ließe, dies für uns unendlich viel wertvoller wäre, als noch so günstige Einwirkungen auf die Fähigkeiten der Schüler. Für die ungünstigen Wirkungen der Schulverfügung in nationaler Hinsicht aber haben sie sich das Verständnis versperrt, weil sie keinen Wert legen auf das, was doch in dieser Hinsicht gerade ausschlaggebend ist, nämlich das Urteil der dänischredenden und dänischgesinnten Bevölkerung über den Schulunterricht. Dies Urteil ist ihnen eine *quantité négligeable*, denn was haben dänische Sprache und dänische Sympathien im deutschen Reiche zu thun! Was kümmert es uns Deutsche, ob der Däne die gänzliche Verdrängung der Muttersprache aus der Schule als einen rauhen Eingriff in das geheiligte Recht des Elternhauses empfindet? Er soll ja ein Deutscher werden, und zwar so bald als möglich. Das ist der Standpunkt der Autoritäten, auf die die Gesetzgebung sich für ihr Vorgehen beruft.

Man mache sich doch klar, was es heißt, dem Ungebildeten eine vollständige Ausbildung in der Schriftsprache, sei es auch der eignen Muttersprache, zu erteilen, und nun vollends in einer Sprache, die, wie nahe auch immer verwandt, doch eine fremde ist. Was in dieser Hinsicht als genügend bezeichnet werden kann, ist doch immer ein relativer Begriff. Die Ansichten der Regierung hierüber haben gewechselt. Sie hat früher einen Schulplan für genügend erklärt, der dann später doch, in Übereinstimmung mit den Eiferern der Germanisation, für ungenügend befunden und durch die in Rede stehende Sprachverfügung ersetzt wurde. Sind denn diese feinen Unterschiede wohl so wichtig, daß wir alles daran setzen sollten, den Ansprüchen der Schulmänner zu genügen, und die anderweitigen Wirkungen nicht beachten sollten? Und wenn von deutscher Seite behauptet wird, die Kinder lernten genug Dänisch, von dänischer Seite das Gegenteil, so ist es offenbar, daß hier das Urteil über die Bedürfnisfrage vom politischen Standpunkt beeinflusst wird. Es handelt sich um ein persönliches Bedürfnis der dänischredenden Bevölkerung, und daß dies von deutscher Seite verächtlich behandelt wird, ist eben das Kränkende. Es mag sein, daß von den Dänen etwas übertrieben wird, daß die Schwierigkeiten der Erlernung des Deutschen für ihre Kinder, andererseits die durch den Schulunterricht gelassenen Mängel in der Beherrschung der

dänischen Schriftsprache nicht so bedeutend sind, wie sie behaupten. Aber eben diese Befangenheit des Urteils, diese Abneigung gegen das Deutsche sind Kennzeichen einer Stimmung, die wir durch Zwangsmaßregeln auf dem Gebiete der Schule nie beseitigen werden, ebenso wenig durch den ganz unfruchtbaren Streit um den Begriff der Muttersprache. Nirgends wird im Ernst verlangt, daß eine Mundart zur Schulsprache gemacht werde. Wenn daher von dem Unterricht in der Muttersprache die Rede ist, so kann darunter nur die Schriftsprache verstanden werden, die der von der Bevölkerung gesprochenen Mundart am nächsten kommt, und das ist für die Nordschleswiger unstreitig das Dänische. Wir wollen den Nordschleswigern das natürliche Recht jedes Menschen verwehren, sich als Bildungssprache der Sprache zu bedienen, die ihm am liebsten und vertrautesten ist. Das allein ist hier entscheidend. Andererseits unterschätze man doch nicht die oben hervorgehobnen trotz der nahen Verwandtschaft beider Sprachen gar nicht so geringen Schwierigkeiten. Es giebt Nordschleswiger, deren Bildungsstandpunkt den des Dorfschulkindes weit überragt, und die doch nicht fehlerfrei Deutsch sprechen und schreiben können. Ich selbst habe als Kind dänischen Sprachunterricht genossen, später auch viel mit Dänen verkehrt, aber ich getraue mir doch nicht, einen dänischen Brief zu schreiben, und meine dänische Unterhaltung ist wahrscheinlich für den gebornen Dänen wenig angenehm zu hören; ich habe es darin nie zu tadelloser Aussprache und vollkommener Fähigkeit des Ausdrucks der Gedanken gebracht.

Daß die Dänen deutsch denken, dahin bringen wir es durch den deutschen Schulunterricht trotz seiner gepriesenen Vorzüglichkeit nimmermehr. Und darum wird ihnen auch das Dänische die Sprache der Empfindung bleiben, werden sie ihre Erbauung auch ferner in dieser Sprache suchen. Auf kirchlichem Gebiete sind die Germanisirungsbestrebungen noch viel verfehlter und wirkungsloser, als auf dem der Schule. Man kann die Schule verdeutschern, aber man kann nicht die Erwachsenen in die deutsche Kirche kommandiren. Durch die Bemühungen, auch auf kirchlichem Gebiete das Deutsche allmählich vorzuschieben, wird nur die Abneigung der Dänen gegen die Staatskirche bestärkt. Es ist bemerkenswert, daß die Führer des Deutschtums den eignen Parteigenossen in dieser Hinsicht zu viel thun. Mitglieder eines deutschen Kriegervereins, an deren deutscher Gesinnung kein Zweifel sein kann, haben sich gegen die beantragte Abschaffung des dänischen Gottesdienstes in einem an der Sprachgrenze liegenden Kirchspiel erklärt. Und wie unheilvoll die nationale Verfeindung auf das Verhalten der Dänen zur Landeskirche einwirkt, dafür liefern mehrere Vorgänge der letzten Zeit den Beweis. Ein dänischgesinnter Landmann ließ die Trauung seiner Tochter in seinem Hause durch einen dänischen Freigemeindeprediger vollziehen. Er hatte dies ursprünglich nicht beabsichtigt, wurde aber dazu veranlaßt durch eine von dem Ortsprediger am Sedantage

gehaltne Predigt, worin dieser in sehr auffälliger und wenig taktvoller Weise die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und der Mehrheit der Gemeindecingefessenen hervorgehoben hatte. Dieser eifrig deutsch gefinnte Prediger, den die Berufung des Freigemeindepredigers schwer gekränkt hatte, mußte es dann durchzusetzen, daß der in Rede stehende Däne seines Amtes als Kirchenältester und Synodalmitglied enthoben wurde. In einem andern Falle hatte ein Freigemeindeprediger eine Leichenrede gehalten. Darauf erfolgte ein Verweis der Kirchenbehörde, die solche Amtshandlungen von unbefugter Seite für gesetzwidrig erklärte. Ist es denn aber nicht klar, daß alle diese Streitigkeiten die Kirche und zugleich die nationale Sache schädigen? Um das Mißtrauen und die Feindseligkeit der Dänen zu beseitigen, sollte von oben her wenigstens alles gethan werden, was geschehen kann. Man sollte die Fruchtlosigkeit gewaltfamer Germanisirungsbestrebungen einsehen und das Recht der Dänen auf Festhaltung ihrer Muttersprache anerkennen. Der unzweideutige Beweis solcher Gesinnung, des Bemühens, mit den Dänen zum Frieden zu kommen, wäre geliefert worden, wenn die Regierung und die Mehrheit des Abgeordnetenhauses den dänischen Antrag, der nur eine so geringe Änderung des Schulplans verlangt, bewilligt hätten. Die schroffe und verletzende Abweisung dieses Antrags kann nur dazu beitragen, die Stimmung in Nordschleswig zu verschlechtern.



Professuren für deutsches Altertum



or kurzem fiel mir ein schmuck ausgestattetes Büchlein in die Hände mit dem vielverheißenden Titel: „Deutschland, Deutschland über Alles.“*) Aus der Vorrede entnahm ich, daß die nationalgesinnte Studentenschaft durch die hier gebotene Auswahl von Reden und Aufsätzen Zeugnis ablegen wollte von dem Geiste, der in ihrer Zeitschrift, den „Akademischen Blättern,“ lebt, und von den idealen Zielen, die ihr selbst vorschweben. Beim weitern Blättern stieß ich auf ein Kapitelchen: „Deutsche Philologie“ von Richard Heinze. Der Verfasser schüttelt den Kopf über die Forderung Paulsens und seiner zahlreichen Gesinnungsgenossen, das Deutsche solle in den Mittelpunkt des ganzen höhern Unterrichts treten. Denn das heiße Brunnen bauen wollen, ehe Quellen gefunden seien.

*) Deutschland, Deutschland über Alles! Aufsätze und Reden aus zehn Jahrgängen „Akademischer Blätter.“ Leipzig, Fr. Wils. Grunow, 1896.